



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Gesundheitsausschuss	05.07.2011	
Ausschuss Soziales und Senioren	12.07.2011	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Psychiatriebericht 2011 des Gesundheitsamtes der Stadt Köln

Der Psychiatriebericht stellt die Versorgungssituation der Menschen mit psychischen Störungen bzw. Erkrankungen in Köln umfassend dar und nimmt zu den einzelnen Entwicklungszielen Stellung. Der Schwerpunkt wird dabei auf ein individuelles und bedarfsgerechtes Hilfesystem gelegt.

Die Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen bzw. Erkrankungen ist insbesondere in einer Millionenstadt wie Köln ein bedeutendes Thema. Laut Statistik der Krankenkassen ist beispielsweise die Depression die dritthäufigste Krankheitsdiagnose in Deutschland. Es ist daher davon auszugehen, dass auch in Köln viele Menschen betroffen sind.

Auch bei einer der inzwischen hohen Zahl von niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Köln, die den größten Teil der Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen leisten, kommt es in Köln in den fünf psychiatrischen Fachkliniken zu ca. 8.000 Klinikaufnahmen pro Jahr.

Einige der Betroffenen können sich nach einem Klinikaufenthalt mit der Unterstützung von Angehörigen und der Behandlung durch niedergelassene Fachärzte stabilisieren. Viele benötigen jedoch aufgrund einer längeren bzw. schwerwiegenderen Erkrankung eine kontinuierliche Unterstützung und können gleichzeitig nicht auf die stützende Funktion einer Familie oder eines funktionierenden sozialen Systems zurückgreifen. Insbesondere für diese Menschen ist eine gestufte und auf verschiedene Lebensbereiche beziehende Versorgungsstruktur notwendig.

Leitgedanken der Psychiatrieplanung sind dabei:

- Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen erfolgt fast ausschließlich durch freie Träger, nur die hoheitliche Aufgabe nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) durch den Sozialpsychiatrischen Dienst leistet das Gesundheitsamt.
- Das Hilfesystem ist gemeindenah aufgebaut, damit die Betroffenen in ihren sozialen Bezügen und ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können.
- Die ambulanten Leistungen haben Vorrang vor den stationären.
- Die Krankenversicherungsleistungen sollen vor den Sozialhilfeleistungen ausgeschöpft werden.
- Unterstützungsleistungen sollen sinnvoll und bedarfsgerecht kombinierbar sein.
- Die Angebote sollen niedrigschwellig und gut erreichbar sein.

Gerade die Komplexität der vorhandenen Angebote und Leistungsanbieter macht eine Planung, Steuerung und Koordination der psychiatrischen Versorgung wichtig. Neben der strukturellen Steuerung ist die Koordination ein gleichrangiger Arbeitsschwerpunkt der Gesundheitsverwaltung, die nicht nur den rechtlichen Vorgaben aus § 23 ÖGDB folgt, sondern auch eine grundsätzliche Notwendigkeit angesichts der breit differenzierten Angebotspalette darstellt. Dabei wird gemeinsam mit den anderen Fachämtern der Stadt, weiteren Kostenträgern und den Leistungserbringern das Hilfesystem laufend weiterentwickelt.

Künftige Entwicklungsaufgaben der Psychiatriekoordination liegen grundsätzlich in der Geltendmachung des Grundsatzes „Ambulant vor Stationär“. Darüber hinaus sollen vorrangigen Krankenkassenleistung gegenüber subsidären Sozialhilfeleistungen breiter als bisher in Anspruch genommen werden. Ferner wird die Notwendigkeit des Aufbaus von Unterstützungsangeboten für junge Menschen mit psychischer Erkrankung sowie die Schaffung von niederschweligen Beschäftigungsangeboten und Zuverdienstmöglichkeiten, die den Betroffenen eine längerfristige berufliche Perspektive ermöglichen, gesehen.

In Köln ist aufgrund der Trägervielfalt eine enge Kooperation zwischen den Leistungserbringern unerlässlich. Die stationäre und ambulante sozialpsychiatrische Fachebene arbeitet in Köln traditionell in Gremien wie beispielsweise der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft unter der Geschäftsführung des Gesundheitsamtes sehr vernetzt zusammen. Besonderes Augenmerk wird hier auf eine kleinräumig angelegte Kooperation gelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Versorgungssituation erwachsener Menschen mit psychischen Erkrankungen in Köln bedarfsgerecht, differenziert und umfassend gestaltet ist. Aufgabe der Psychiatriekoordination des Gesundheitsamtes ist nun, den Entwicklungsstand zu halten und gleichzeitig eine fachliche Weiterentwicklung voranzutreiben. Hierbei sollten Gender- Ansätze und die multikulturelle Zusammensetzung des Klientels ebenso aber auch die gleichberechtigte Beteiligung von Psychiatrie-Erfahrenen und Angehörigen berücksichtigt werden. Auf diese Weise lässt sich wahrscheinlich das Inklusionsziel am Besten verfolgen.

Der Psychiatriebericht 2011 der Psychiatriekoordination des Gesundheitsamtes wird dieser Mitteilung als Anlage in Form eines Druckexemplares beigelegt.

gez. Reker